

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Würzburg  
Stadträtinnen und Stadträte der Stadt Würzburg  
Christian Schuchardt, Würzburg

Herrn  
Innenminister Matteo Salvini  
Ministero del Viminale, 1  
Roma 00184

Sehr geehrter Herr Innenminister Salvini,

im Namen der Bürgerschaft der Stadt Würzburg appelliere ich als Oberbürgermeister an Sie: Beenden Sie die Kriminalisierung der Rettung von Menschen aus Seenot! Beenden Sie die unmenschliche Praxis, dass die Geretteten, darunter Frauen und Kinder, Alte und Kranke, wochenlang unter unerträglichen Bedingungen auf Schiffen ausharren müssen, die für einen längeren Aufenthalt einer großen Zahl von Menschen absolut ungeeignet sind. Bekennen Sie sich als Europäer zu den Werten, die für Europa grundlegend sind, und handeln Sie als Mensch einfach nur menschlich!

Wir, die Bürgerinnen und Bürger der Europastadt Würzburg, verfolgen erschüttert die Tragödie, die sich nun schon seit mehreren Jahren an den südlichen Grenzen unseres Kontinents abspielt. Wir empfinden es als unerträglichen Skandal, dass allein im vergangenen Jahr an die 2300 und in der ersten Hälfte dieses Jahr bereits mindestens 500 Flüchtlinge im Mittelmeer elend ertrunken sind, wobei auch noch von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir uns schuldig machen würden, wenn wir dabei schweigend und tatenlos zusähen.

Dass vieltausendfache Sterben vor unserer europäischen Haustür betrachten wir als Schande für Europa. Die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist vor allem eine Wertegemeinschaft. Die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis im Jahr 2012 hat dies unterstrichen. Diese Auszeichnung war eine hohe Anerkennung. Sie bedeutet aber auch eine große Verpflichtung. Umso schlimmer ist es, dass die Europäische Union die Werte, die sie ihren Bürgern garantiert und auf die sie zu Recht stolz ist, an ihren Außengrenzen nicht durchgängig verwirklicht.

Zu diesen fundamentalen Werten gehören der Schutz des Lebens und die Achtung der Würde jedes Menschen, die sich in der Mitmenschlichkeit verwirklichen. Das Recht auf Leben ist das elementarste Menschenrecht und nicht verhandelbar.

Deshalb ist die Pflicht zur Seenotrettung auch im Völkerrecht verankert. Menschen ertrinken zu lassen, obwohl ihnen geholfen werden könnte, ist durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht durch den Wunsch, Schlepperbanden das Handwerk zu legen. Und ebenso unzulässig ist es, Flüchtlinge in Länder zurückzuschicken, in denen sie rechtlos und von Gewalt bedroht sind.

Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass die südeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU mit der Herausforderung durch die Not der Flüchtlinge, die für sich nur den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer sehen, nicht allein gelassen werden dürfen. Wir bedauern es deshalb lebhaft, dass sich die EU nicht auf einen Verteilmechanismus einigen konnte, und begrüßen nachdrücklich die Bestrebungen, dass zunächst eine kleinere Gruppe von Mitgliedsstaaten ein gemeinsames Verteil- und Aufnahmeverfahren beschließt und in Gang setzt. Dankbar sind wir dafür, dass zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland und ganz Europa in den vergangenen Monaten ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben.

Für den Fall, dass Voraussetzung für die Anlandung von aus Seenot geretteten Flüchtlingen die Aufnahmebereitschaft eines anderen Landes oder einer Stadt ist, habe ich als Oberbürgermeister bereits im vorigen Jahr dem Präsidenten der EU-Kommission seitens der Stadt Würzburg angeboten, diese Menschen aufzunehmen und sich in mitmenschlicher Weise um sie zu kümmern. Dieses Angebot bekräftigen wir hiermit. Würzburgs Bürgerschaft, zivilgesellschaftliche Institutionen und Stadtverwaltung haben die hohen Zuwanderungszahlen der vergangenen Jahre bislang erfolgreich bewältigt. Der Großteil der Menschen hat begonnen, sich zu integrieren, und ein hoher Prozentsatz ist bereits in Ausbildung oder Arbeit.

Sehr geehrter Herr Innenminister,

das Schicksal der Menschen auf der „Sea Watch 3“ haben auch wir in Würzburg mit großer Anteilnahme begleitet. Nachdem die Europäische Union bei Weitem nicht genug tut, um ihrer moralischen und völkerrechtlichen Verpflichtung zur Seenotrettung gerecht zu werden, sind wir dankbar, dass sich private Organisationen dieser humanitären Aufgabe annehmen und zwischenzeitlich eine Lösung für die Aufnahme der Flüchtlinge durch Deutschland und weitere Partner erreicht wurde.

Wir appellieren an Sie, die Rettung von Menschen, deren Leben bedroht ist, zumindest nicht länger zu behindern, und zukünftig gerettete Flüchtlinge an Land zu lassen. Und wir appellieren an Sie, sich auf europäischer Ebene einer menschenrechtskonformen, solidarischen Flüchtlingspolitik nicht zu verweigern.

gez. Bürgerinnen und Bürger  
-siehe Unterschriftenliste-

gez. Stadträtinnen und Stadträte  
-siehe Unterschriftenliste-

gez. Christian Schuchardt  
-siehe Unterschriftenliste-